

Leserbrief zu Paulinus Nr. 15 vom 8. April 2012
„Kritik der KSJ 'in Inhalt und Stil unangemessen“

Logisch, dass die Bistumsleitung, die ständig zentralisiert hat, den Vorwurf der Zentralisierung von sich weisen muss – es geht ja fast nicht mehr zentraler (siehe z.B. Abschaffung der Regionen, Zentrale Büros in den Pfarreiengemeinschaften, Ernennung der Dechanten ohne Wahlen).

Und es ist auch logisch, dass die leitenden Kleriker den Vorwurf der Klerikalisierung von sich weisen müssen – es geht ja bald nicht mehr klerikaler (siehe z.B. die Bistumsreform 2020, die sich an der Anzahl der aktiven Pfarrer orientiert, weil andere Möglichkeiten der Gemeindeleitung nicht gedacht werden dürfen, genauso wie die Ordination von Frauen).

Daher ist es folgerichtig, der KSJ auch Wirklichkeitsferne vorzuhalten, weil diese Jugend als Verband eben dezentral und nicht-klerikal leben will, während das, was Wirklichkeit ist, zentralistisch und klerikal definiert wird.

Man kennt es auch aus vielen Politik-Gesprächen: Man trifft sich, redet miteinander, und die Machtinhaber entscheiden dann nach ihrem Gusto – und wenn sich Widerstand regt, sagt man lapidar: Wir haben doch miteinander geredet.

Wer den Text der KSJ einfach als destruktive Kritik wertet, will nicht verstehen, was tatsächlich darin steckt: ein verzweifelter Schrei um Hilfe, weil die KSJ in ihrer ihr ureigenen Identität zutiefst bedroht ist. Und wer das als Kollateralschaden der Bistumsbeschlüsse hinnehmen mag, will nicht mehr wissen, wozu verfasste Kirche überhaupt dient.

Der Wortlaut des Papiers der KSJ-Diözesanversammlung stellt weder bewusst noch unbewusst einen Zusammenhang her zwischen der NS-Unterdrückungspolitik und den aktuellen Bistumsbeschlüssen. Was hat die Verantwortlichen nur dazu bewogen, hier etwas herzustellen, was gar nicht drin steht?

Heinz-Friedrich Steinecke, Koblenz